

(Abg. Seymann.)

(A) so bin ich doch der Meinung, daß es hier der doppelte Preis ist und der siebenfache Preis von dem, was der Staat für ähnliche Grundstücke dort bei Erwerbung ausgibt. Also, meine Herren, der Staat bezahlt in dieser Gegend für 1 ha ca. 1000 M., hier bei 70 Pf. pro qm würden sich 7000 M. herausrechnen. Ich bin eben der Meinung, daß man, wenn es sich um Errichtung von Arbeiterwohnhäusern handelt, wie es hier der Fall ist, doch eigentlich, wenn anderes als fiskalisches Land dort nicht zu erwerben ist, dem Petenten entgegenkommen müßte. Deshalb bin ich der Meinung, wie es auch der Herr Berichterstatter eben ausgeführt hat, daß nicht nur Privatinteressen, sondern in der Hauptsache ein öffentliches Interesse in Frage kommt. Denn wenn der Petent, der ca. 200 Arbeiter beschäftigt, keine Gelegenheit hat, dort Wohnhäuser zu errichten — wir wissen ja alle, wie es bei uns im Gebirge steht; die Leute wandern ab, wenn sie keine Gelegenheit haben, in der Nähe zu wohnen —, so tritt Arbeitermangel ein. Ich möchte die Königl. Staatsregierung bitten, wenn Pils mit einer ähnlichen Petition an die Regierung wiederkommen sollte, ihm etwas mehr entgegenzukommen und einen annehmbaren Preis zu stellen, ungefähr so, wie ihn der Fiskus bei ähnlichen Grundstücken dort zahlt. Wenn man dort die Grundstücke von landwirtschaftlichen Sachverständigen abschätzen läßt — ich kann nebenher bemerken, daß ich selbst als landwirtschaftlicher Sachverständiger dort den Meter mit höchstens 35 Pf. taxiert habe —, so muß man bekennen, daß 70 Pf. bei ganz derselben Lage doch etwas zu hoch ist. Nun kommt es noch darauf an: wenn eine Straße oder Bahn durch eine gute Wiese hindurch gelegt wird, so zerschneidet man die Wiese, man erhält kleine Ecken, man beeinträchtigt die Bewässerung der Wiese usw. Aber hier, wo der Staat eine ganz große Fläche von über 2 ha — so viel sind es wohl, ich weiß es nicht genau — auf einmal an den Mann bringen kann und dafür in der nächsten Umgebung ein anderes Stück Land für einen bedeutend billigeren Preis erwerben kann, möchte der Fiskus doch ein Entgegenkommen zeigen. Ich habe — es war wohl vor zwei Jahren — selbst ein kleines Grundstück von ungefähr demselben Flächeninhalt an den Staat verkauft; es ist mir auch nicht mehr gezahlt worden, ich glaube, ungefähr 960 M. für den Hektar. Aber hier 7000 M.! Trotzdem die Deputation sehr entgegenkommt und gerade der Herr Berichterstatter keine Mühe gescheut hat, aus der Sache etwas zu machen, bleibe ich bei meiner Mei-

nung. Der Herr Berichterstatter weiß auch selbst als Industrieller, wie es einem in solchen Fällen zuzumute ist.

Eins will ich noch erwähnen. Wir wissen alle, daß, wenn man heute Arbeiterwohnhäuser zu bauen genötigt ist, wegen der hohen Materialienpreise und Löhne, die wir früher nicht zu zahlen gehabt haben — wir wollen ja froh sein, daß wir solche Löhne zahlen können —, unsere Arbeiter noch nicht solche Wohnungen beziehen können, wie man sie ihnen eigentlich wünschen möchte. Wenn wir bei den erwähnten hohen Preisen es nicht übersehen können, daß wir dies auf eigene Regie übernehmen, dann müssen wir eben die Mieten so heraufbringen, damit sich die Arbeiterwohnhäuser wenigstens etwas verzinsen. Aber sehr viele Industrien sind nicht imstande, die Kosten auf sich zu nehmen, damit die Arbeiter billigere Wohnungen bekommen können, sondern es wird einfach eine Verzinsung herausgerechnet, wenn auch eine etwas niedrigere, und der Arbeitgeber, der billige Arbeiterwohnhäuser nicht herstellen kann, muß dann eben mit der Miete etwas heraufgehen, so daß sich diese nicht mit den dortigen Lohnverhältnissen verträgt.

Vizepräsident **Fräßdorf**: Herr Geh. Rat Dr. **Wahle**!

Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. **Wahle**: Meine hochverehrten Herren! Die Regierung ist der geehrten Deputation sehr dankbar dafür, daß sie die Petition so gründlich durchberaten hat und zu dem von dem Herrn Berichterstatter zutreffend begründeten, der Regierung günstigen Votum gekommen ist. Wir sind sowohl mit der Deputation wie mit dem Herrn Vorredner darüber vollständig einer Meinung, daß wir in der Staatsforstverwaltung, wenn wir Areal verkaufen, im Preise etwas heruntergehen müssen, wenn es sich um Befriedigung eines öffentlichen Interesses handelt. Wir stehen ganz auf demselben Standpunkte wie die Herren wohl alle in diesem hohen Hause. Wenn es sich um einen Wohnungsbau für 200 Arbeiter handelte, so hätten wir sicher im Preise nachgelassen. Das ist aber hier gar nicht der Fall: das fragliche Gelände eignet sich nicht zu Arbeiterwohnungen. Wir haben durch sehr eingehende Erörterungen die Gewißheit bekommen, daß nicht alles so ist, wie der Petent es angibt. Es handelt sich vielmehr bei ihm nach unserer Auffassung lediglich um Befriedigung reiner Privatinteressen. Wenn diesen aber fiskalische Interessen entgegenstehen, so